

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 3 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und den Umschlagstellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. einschließlich Vorkosten. Die Wilsdruffer Wochenblätter für Wilsdruff u. Umgegend erscheinen samstags und sonntags. Bei Abwesenheit der Abonnenten wird der Briefkasten der Redaktion benützt. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung des Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingeschickter Beiträge erfolgt nur, wenn Vorkosten beigefügt. Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 250. — 83 Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Freitag, 24. Oktober 1924

Endlich ein Ende.

In London hatten Herriot und Theunis dem deutschen Kanzler versprochen, unmittelbar nach Zustandekommen der Dawes-Gesetze, also der Ratifikation des Londoner Abkommens, den Bezirk Dortmund von ihren Truppen räumen zu lassen. Unterhalb Monate hat man sich Zeit gelassen, ehe dieses Versprechen ausgeführt wurde; erst am 22. Oktober wurde aus Dortmund die französische Besatzung zurückgezogen.

Gleichzeitig ist ja nun auch in Koblenz ein Abkommen getroffen worden, das die Rückgabe aller von der Nicum beschlagnahmten Kohlenzonen, Kokererrien, Eisenwerke usw. festsetzt. Damit hat die Politik der „produktiven Pfänder“ ihr Ende erreicht. Niemand wird sich auch nur in großen Zügen feststellen lassen, welche ungeheuren wirtschaftlichen Schädigungen diese Politik der produktiven Pfänder seit dem 11. Januar 1923 erzeugt hat. Poincaré prunkte ja in seinen Kammer- und Senatsreden immer mit großartigen Zahlen über die finanziellen Erfolge, die die Nicum mit dieser Politik erzielt habe. Schon in Frankreich selbst hat man die Wichtigkeit dieser Zahlen bezweifelt; für uns aber ist es vollends gleichgültig, ob sie stimmen oder nicht, — unerwähnt sind die Zerstörungen an den Werken, die diese rücksichtslose Politik hervorrief. Nicht weniger brutal als die Politik während der Kampfzeit war sie dann in jenen zwölf Monaten, wo eine anscheinende Vertragsmäßigkeit eingeführt war, also in der Zeit der Nicumverträge. Eine Reihe von Werken hielten ja die Franzosen nach wie vor in betriebstechnischer Verwaltung; aber die andern sind nicht weniger finanziell und betriebstechnisch zerrütet wie jene. Um die Nicumverträge überhaupt erfüllen zu können, mußten sich die Werke Kredite zu den unerhörtesten Bedingungen suchen, — und trotzdem mußte der Kohlenpreis heruntergesetzt werden, damit die Werke überhaupt, wenn auch unter Verlust, einen Abgang hatten. Jetzt hat eine ganze Reihe von Magerkohlenzonen den Betrieb eingestellt, weil sich die Kohlenförderung infolge der hohen auf ihr lastenden Kosten nicht nur nicht mehr lohnt, sondern erhebliche Zuschüsse erfordert. Durch die Politik der produktiven Pfänder ist die Exportmöglichkeit der deutschen Kohle fast unmöglich gemacht. An den Grenzen des Ruhrgebietes selbst ist englische, sogar österreichische Kohle bedeutend billiger.

Eine einfache Rechnung besagt, daß die Fracht für einen Waggon Kohle von Essen nach Hamburg mehr kostet als die Kohle selbst. Die geringen Zuwendungen, die von der deutschen Regierung den Trägern der Nicumlasten gemacht werden konnten, haben nicht einmal genügt, den Kredit abzubeden, den die Werke für die Erfüllung der Nicumverträge notwendig hatten, geschweige denn dienen sie als Grundlage für neues Betriebskapital.

Unter dieser Politik soll nun ein Schlußstrich gemacht werden; aber ihre Folgen werden sich auch dadurch noch lange bemerkbar machen, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich über die Regelung der Verhältnisse im besetzten Gebiet ein starkes Nachgeben deutscherseits gezeitigt haben. Diese Koblenzerverhandlungen haben nämlich zu der Bestimmung geführt, daß die Waren aller Art, die in regelrechter Weise unter dem alliierten Regime in das besetzte Gebiet eingeführt worden sind, frei und ohne vorher eingeholte Genehmigung zwischen dem besetzten und dem nicht besetzten Gebiet zirkulieren können; ferner aber noch, daß diese Waren mit keiner weiteren Steuer belegt, noch mit irgendeiner Ausbeutungs- oder Einschränkungsmaßnahme in bezug auf evtl. Handelsoperationen mit ihnen belastet werden dürfen. In verständliches Deutsch übersetzt, bedeutet dies, daß alle Waren, die in der Zeit vom 11. Januar 1923 bis jetzt über die im Westen ganz offene Grenze in großen Massen hineingekuliert sind, nun nach Osten weiterkufen können, ohne daß irgendein Handelsverbot sie treffen kann, geschweige denn, daß ihre Einfuhr selbst noch nachträglich mit irgendeinem Zoll oder einer Steuer belegt wird. Das bedeutet einen Sieg der handelspolitischen Wünsche Frankreichs, bedeutet eine Genehmigung der Profite, die Deutsche während und nach dem Ruhrkampf durch den Handel mit Frankreich gemacht haben. Soweit die Kaufkraft im Westen reicht, ist der Markt übersättigt und daher bis auf weiteres aufnahmefähig. Demgegenüber ist es ein geringer Trost, daß schon mit dem 22. Oktober die deutschen Zoll-, Außenhandels- und Forstdienststellen ihre reguläre Tätigkeit aufnehmen sollen, wenigstens, soweit der Besatzungsbereich der Rheinlandkommission reicht; für das besetzte Gebiet wird der dortige Oberkommandierende in aller kürzester Frist eine ähnliche Verwaltungsordnung erlassen.

Damit ziehen die Raben, die am 11. Januar vom Rhein her nach Osten flogen, wieder nach Westen zurück, und die sogenannte „Jugententrepräsentation“, wie Poincaré den Einbruch der französischen Truppen in das Ruhrgebiet bezeichnete, hat ihr Ende erreicht.

Was sie zurückläßt, sind Trümmer, die nun in schwerster, entfangsvoller Arbeit erst wieder aufgeräumt und zu dem ausgebaut werden müssen, was vorher war. Wir haben dabei den bittersten Trost, daß die Welt über diese „Produktivität“ der Poincaristichen Politik etwa dasselbe Urteil fällt wie wir Deutsche.

Dortmund und Hörde befreit.

Starke Herabsetzung der Reparationskohlenlieferungen für Oktober.

Eigener Fernsprecheintrag des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Düsseldorf, 23. Oktober. Die Reparationskohlenlieferungen, die im September 1778 000 Tonnen Kohle, darunter 612 000 Tonnen Koks und 812 000 Tonnen Kohle, betragen haben, sind in Auswirkung des Londoner Abkommens nach dem am 13. Oktober beim Ruhrkohlenbergbau eingetragenen Mitteilungen auf 1 104 000 Tonnen für Oktober ermäßigt worden. Diese plötzliche starke Ermäßigung der Kohlsansforderung für Oktober um rund ein Viertel der Ziffer für September hat die Koksproduzenten in eine kritische Lage gebracht. Da die Eisenwerke wegen der ungünstigen Konjunktur nur geringen Koksbedarf haben, sind bei der plötzlichen starken Ermäßigung der Reparationskohlenlieferungen eine Reihe von Kokereien plötzlich jeder Abfuhrmöglichkeit beraubt und genötigt, die ganze Erzeugung auf Lager zu nehmen.

Amerika und die Friedrichshafener Werftanlagen.

Eigener Fernsprecheintrag des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 23. Oktober. Wie „New York Herald“ meldet, soll die amerikanische Regierung nicht die Absicht haben, offiziell zugunsten der Ausrosterhaltung der Friedrichshafener Werftanlagen zu intervenieren. Es ist jedoch möglich, daß sie offiziell den deutschen Standpunkt in dieser Frage unterstützen wird. Die amerikanische Regierung wird sich, wie das Blatt meint, über die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten zu dieser Frage informieren. Das amerikanische Publikum ist offensichtlich günstig für Deutschland gestimmt, aber in den Kreisen des Flugdienstes und der Marine ist die Meinung über diesen Punkt ziemlich geteilt.

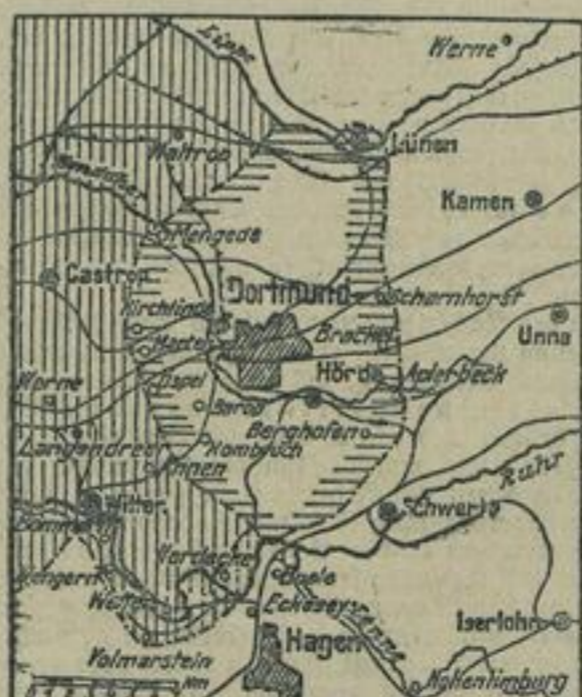
Die Auslieferungsangelegenheit der Erzbergermörder vor der Nationalversammlung.

Eigener Fernsprecheintrag des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Budapest, 23. Oktober. In der Nationalversammlung brachte gestern der Abg. Nappert die Ablehnung der Auslieferung des Erzbergermörders Föster-Schulz zur Sprache. Er kritisierte in seinen Ausführungen die Weigerung der Regierung klar. Die Entscheidung der Regierung verleihe nicht nur den Geistes der Gerechtigkeit, sondern auch die außenpolitischen Interessen des Landes. Deutschland habe seiner Zeit unrecht gehandelt, als es die Auslieferung des Mörders des Grafen Tissa verweigert habe. Das aber sei keine Entschuldigung für die ungarische Regierung. Nord bleibe Nord und die Verweigerung der Auslieferung des Mörders sei nicht gerecht. Die Regierung hätte Deutschland Gelegenheit geben müssen, den Nord an Erzberger zu fñhren. Indem sie es nicht getan habe, verleihe sie in ihren alten Fehler, der darin bestehe, Mörder, die sich hinter politische und patriotische Schlagworte verdecken, zu unterstützen. Der Justizminister erklärte, daß er dafür Sorge tragen werde, daß die Gerichte von jeglichen po-

Dortmund befreit.

Nach annähernd zweijähriger Besetzung sind nunmehr Dortmund, Hörde und Umgebung von den Franzosen geräumt. Am 22. d. M., früh 8 Uhr, hatten die Franzosen bereits einen Teil ihrer bisherigen Dienst-



gebäude völlig geräumt. Gegen 8¼ Uhr hat General Marty mit zahlreichen Offizieren in Automobilen das Stadtgebiet verlassen. Die Truppen selbst weilten zu dieser Zeit noch zum großen Teil in der Stadt. Es sind kleinere Zwischenfälle vorgekommen.

litischen Einfluß frei bleiben müssen. Der Justizminister wies weiter darauf hin, daß bereits im Jahre 08 zwischen der ungarischen und der deutschen Regierung Verhandlungen gepflogen worden seien, um einen gegenseitigen Auslieferungsvertrag abzuschließen. Es sei jedoch zu einem Vertragsabschluß nicht gekommen.

Abrüstung!

Eigener Fernsprecheintrag des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 23. Oktober. Der „Kosakener“ meldet aus Paris, daß dort ein französisch-polnisches Kriegshafenabkommen unterzeichnet worden ist. Es handelt sich dabei um den polnischen Hafen Gdingen, der durch französische Unternehmer als Stützpunkt für U-Boote ausgebaut werden soll.

Eine Programmrede des polnischen Ministerpräsidenten.

Frankfurt, 23. Oktober. Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Warschau meldet, wurde gestern der Esim mit einer großen Programmrede des Ministerpräsidenten Grabo die eröffnet, der kurz auf die internationale einging und den Friedenswillen Polens betonte. Die Nachbarstaaten hätten zwar den früheren Imperialismus aufgegeben, dagegen bestehe im Volk der Eroberungswille auch weiterhin. Polen müsse deshalb wachsam sein und dürfe nicht dulden, daß Staaten mit solchen Gedanken in den Völkerverbund mit höherer Rangstufe aufgenommen würden als Polen.

Auflösung der deutsch-polnischen Grenzkommision.

Eigener Fernsprecheintrag des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 23. Oktober. Die Morgenblätter melden aus Paris: Gestern hat hier zum letzten Male die deutsch-polnische Grenzkommision getagt. Dabei ist die Auflösung der Kommission ausgesprochen worden. Das Abkommen ist von deutscher Seite von Maner Chel, von polnischer Seite durch Legationsrat Szembek, im Namen Englands von dem Obersten Bogen, im Namen Italiens durch den Obersten Tenni unterzeichnet worden. Nur die Unterschrift des japanischen Vertreters fehlt, da er bereits im vorigen Monat ausgeschieden ist. Vorsitzender der Kommission war der Vertreter Frankreichs Oberst Garaban. Die Länge der durch die Kommission festgesetzten Grenze beträgt 400 Kilometer.

Davis für den Eintritt Amerikas in den Völkerverbund.

Eigener Fernsprecheintrag des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 23. Oktober. Welt Parisien meldet aus New York, daß Davis in einer durch das demokratische Komitee veröffentlichten Erklärung seine Stellung zum Völkerverbund dargelegt hat. Er hat betont, daß er es nicht für klug und weise halte, wenn Amerika sich vom Völkerverbund, in dem schon 54 Nationen vertreten seien, fernhält.

Wahlaufrufe der Parteien.

Erklärung der Deutschen Volkspartei.

Die Verhandlungsführer der Deutschen Volkspartei gaben eine Erklärung ab, die auch als eine Art Wahlaufruf zu betrachten ist. Die Deutsche Volkspartei habe seit Jahresfrist für die Bildung einer tragfähigen Mehrheitsregierung aus den staatsbescheidenden bürgerlichen Parteien gekämpft. Das Reichskabinetts ein schließlich der demokratischen Minister ist in wiederholten Beschlüssen für die Erweiterung der Koalition nach rechts eingetreten. Die Deutschnationale Volkspartei habe ihrerseits die Voraussetzung hierfür, wenn auch spät, erfüllt. Leider habe sich die deutsch-demokratische Fraktion der Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien verweigert. Sachliche Gründe für die Haltung der deutsch-demokratischen Fraktion seien nicht gegeben gewesen. Parlamentarische Kurzsichtigkeit, Parteidoctrinarismus sowie Einflüsse linksradikaler und internationaler Kräfte hätten in ihr eine verbängnisvolle Rolle gespielt. Diese Kräfte, die letzten Endes die Reichstagsauflösung verschuldet haben, gelte es, im Wahlkampf beiseitezufchieben.

Entschließung des Zentrums.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei faßte folgende Entschließung zum Wahlkampf: „Der Reichstag und der Preussische Landtag sind aufgelöst. Ein bedeutender Wahlkampf steht bevor; die Zentrumspartei hat ihn nicht gesucht. Sie steht ihm jedoch, in der Überzeugung von der Wichtigkeit und vaterländischen Notwendigkeit ihrer Politik, und im Vertrauen auf die bewährte Treue ihrer Wähler, mit unbeirrbarer Zuversicht entgegen. Am 27. und 28. Oktober tagt der Reichsparteitag. Seine vornehmste Aufgabe wird es sein, die großen Linien für den kommenden Wahlkampf zu ziehen. Deshalb keine vorzeitigen Rundreden einzelner in unseiner-